

19. NOV 1958



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

E/XIV/263 - 19. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Brillender Gummilöwe Erhard und das Grundsatzprogramm der SPD	34
2	Weil er schlecht deutsch konnte ... Trübe Erfahrungen eines Soldaten	41
3	Der schleichende Tod aus der Luft Jetzt schon jährlich tausend Atomopfer "Nur ein Opfer mehr" bei französischer A-Bombenexplosion	35
3	Sühne für Arnstberg Zur Aufhebung eines entehrenden Urteils	16
4	Keine Atomwaffen I Die schwedischen Sozialdemokraten zur Atombewaffnung	44
5 - 6	Castros Offensive Von unserem Mitarbeiter in Lateinamerika, Max Diamant	66

* * * *
* * *

Brüllender Gummilöwe

Erhard und das Grundsatzprogramm der SPD

sp - Die ganze Welt ist daran interessiert, so schnell wie möglich das neue Grundsatzprogramm der SPD kennenzulernen. Fast alle in Bonn akkreditierten Botschaften, die sozialistischen Parteien aller Länder haben in Telegrammen an den Parteivorstand um Übersetzungen des Programms gebeten. Die deutsche und internationale Presse hat dem Außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg größte und zu einem wesentlichen Teil positive Aufmerksamkeit gewidmet. Das ist der sicherste Beweis dafür, daß die deutsche Sozialdemokratie in der Welt als einer der entscheidenden Faktoren der deutschen Politik anerkannt wird.

Nur Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Ludwig Erhard, - von vielen der "Gummilöwe von Bonn" genannt - bläst sich wieder einmal auf. Er, dessen leichtfertiges Verhalten bei der Krise in der deutschen Energieerzeugungs-Wirtschaft sprichwörtlich ist, er, der sich Gesetzesvorschläge für eine vernünftige Regulierung der Wirtschaft ohne ernsthaften Widerstand stets von seinen eigenen Parteifreunden und besonders von seinem Herrn und Meister, dem Bundeskanzler, abservieren ließ, er, der die Luft abließ, als im Juni dieses Jahres die Präsidentennachfolge auf der Tagesordnung stand - ausgerechnet dieser Mann reißt sich am neuen Grundsatzprogramm der SPD! Dabei benutzt er die Sprache jener, die ernstes Bemühen um die Erhaltung der deutschen Demokratie nicht anerkennen wollen oder können. Salopp, mit einem Schuß Verleumdung und Leichtfertigkeit.

Auch Herr Erhard soll es einmal gesagt sein: Immer dann, wenn die deutsche Sozialdemokratie von ihren Gegnern verunglimpft, in ihrer Einsatzbereitschaft für den Staat zurückgestoßen und in ihren Verdiensten um die Festigung dieses Staates geschmäleret wurde, immer dann ging es mit der Demokratie in Deutschland abwärts. Anstatt sich mit dieser größten deutschen demokratischen Partei und ihrem ehrlichen Willen ernsthaft auseinanderzusetzen, findet der Bundeswirtschaftsminister und stellvertretende Bundeskanzler nur Schmähungen.

Herr Erhard irrt sich, wenn er glaubt, mit dieser Methode der deutschen Demokratie dienen zu können. Die Sozialdemokratie wird sich auch nicht durch Anpöbeleien aus dem demokratischen Staat, zu dessen Fundamenten sie gehört, verdrängen lassen.

Weil er schlecht deutsch konnte ...

mu. Das Amtsgericht in Husum verurteilte kürzlich einen 21 Jahre alten Grenadier wegen Gehorsamsverweigerung zu drei Wochen Strafarrest, weil er sich am 27. April in Manöver geweigert hatte, bei einer Geländeübung auf Posten zu ziehen. Das Urteil wurde, wie sich jetzt bei der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht in Flensburg zeigte, in Husum mehr als vordergründig verhandelt, aber auch das Flensburger Urteil auf Strafaussetzung bei zweijähriger Bewährung mit 150 Mark Busse kann nicht befriedigen.

Rein vordergründig war es so, dass der 21-jährige Soldat damals seinem Zugführer sagte, er könne sich auf den Kopf stellen, er werde nicht auf Wache ziehen. Hintergründig aber war das Folgende: Der Grenadier war Anfang 1957 als Aussiedler aus Polen in die Bundesrepublik gekommen und musste als 19-Jähriger auf einem Internat Nachhilfeunterricht in Deutsch nehmen. Er konnte sich nur sehr schwer verständigen und wurde oft zu Sonderaufgaben und Diensten ausser der Reihe herangezogen. Das geschah unter zum Teil empörender Hänselei.

In Flensburg vor dem Landgericht kam zur Sprache, dass ein Stabsunteroffizier dem Grenadier gesagt hat: "Sämtliche, die von drüben kommen, sollte man vergasen". Es wurde ferner vor dem Gericht gesagt, dass der Grenadier von seinen Vorgesetzten oft als "Polak" bezeichnet worden ist. Mit Recht sagte der Verteidiger den Flensburger Richtern, die Behandlung des Angeklagten bei der Bundeswehr war "ungeheuerlich und menschenunwürdig." Wörtlich sagte der Verteidiger: "Ich muss daran erinnern, dass Menschen, die in anderem Zusammenhang dergleichen sagten, bestraft worden sind".

Der so von seinen Vorgesetzten behandelte Grenadier musste in einer Manöverpause auf Befehl seines Zugführers das Essen holen, was über eine Stunde dauerte, und sollte anschliessend den Posten beziehen. Er fühlte sich auf Grund der allgemeinen Behandlung ungerrecht behandelt und verweigerte deshalb den Befehl. Zudem hatte der junge Mann, der mit der deutschen Sprache nicht zurecht kam und sich in der Bundeswehr als Bingezogener nicht wohlfühlte, sich beim Wachplan in der Zeit geirrt.

Vor diesem Hintergrund erscheint das Urteil Strafaussetzung der drei Wochen Strafarrest bei dreijähriger Bewährung mit 150 Mark Busse noch als zu hart. Demgegenüber aber wird es höchste Zeit, dass jene Männer zur Verantwortung gezogen werden, die da von "vergasen" und "Polak" sprachen. Was sich allerdings die Husumer Richter am Anfang gedacht haben, die trotz des Antrages der Klagebehörde auf Strafaussetzung dennoch auf sofortige Vollstreckung der drei Wochen Strafarrest erkannten, ist in diesem Fall schwer zu begreifen.

Der schleichende Tod aus der Luft

sp - Jährlich sterben tausend Menschen an den Kernwaffenversuchen der drei Atomkräfte USA, Sowjetunion und Grossbritannien. Diese Zahlenangabe stammt nicht von einem Befürworter der Abschaffung und Achtung aller nuklearen Waffen, sie stammt von dem Leiter der französischen Atombehörde, Francis Perrin, von einem Manne also, der weiss, worüber er spricht. Amerikanische Atomwissenschaftler, darunter einige Nobelpreisträger, schätzen den Blutzoll, den die lebende und künftige Generation allein für die bisher stattgefundenen Kernwaffenexplosionen zu entrichten haben werden, viel höher ein. Albert Schweitzer, der Urwald doktor aus Lambarone, nannte eine Zahl von rund einer Viertel Million Menschen, die um Lebensglück und Lebenserwartung betrogen sein werden. Ob eine Viertel Million oder tausend, die Zahlen sind aufrüttelnd genug. Hier handelt es sich um völlig unschuldige Menschen, die ein schleichender Tod, gegen den es keine Hilfe gibt, erwartet. Die Wissenschaft ist zwar in der Lage, die schrecklichsten Vernichtungswaffen zu erproben, aber sie hat noch kein Mittel gefunden, um die weitreichenden und in die Zukunft nachwirkenden Folgen auszuschalten.

Alarmierende Feststellungen von Wissenschaftlern und eine empörte Weltmeinung haben die Atomkräfte vor anderthalb Jahren bewogen, die Versuchsexplosionen vorläufig einzustellen. In Genf verhandelt man jetzt seit über einem Jahr darüber, ob es möglich ist, diesen Wahnsinn für alle Zeiten zu stoppen. Nur schleppend gehen die Verhandlungen vonstatten, aber immerhin ist es doch ein Erfolg, dass seit Beginn dieser Verhandlungen keine der bisherigen Atomkräfte es gewagt hat, die sich selbst auferlegte Beschränkung aufzugeben. Sie stehen unter einem moralischen Zwang, der leider nicht für Frankreich gilt. Denn derselbe Mann, der weiss, was Atomexplosionen für Leben und Gesundheit der Menschen bedeuten, hat angekündigt, Frankreich werde in absehbarer Zeit eine eigene Atombombe in der Sahara zur Explosion bringen.

Diese Ankündigung erfolgt zu einem Zeitpunkt, da sich die Vereinten Nationen bemühen, den Bereich der Atomkräfte auf den bisherigen "Atomclub" zu beschränken. Frankreich setzt sich über alles hinweg, neben anderen auch mit der Begründung, an dieser Explosion werde jährlich "nur ein Mensch" sterben. Eine zynischere Begründung kann es wohl kaum mehr geben, denn sie legalisiert den bewusst verübten Mord ...

+ + +

Sühne für Arnberg

sp - Als nach dreimonatiger Dauer im Arnberger Prozess die Urteilsverkündung erfolgte, ging ein Schrei der Empörung durch die deutsche Öffentlichkeit. Für den Mord an 150 Fremdarbeitern, angeordnet und begangen von SS-Offizieren verhängte das Arnberger Schwurgericht nur gelinde Gefängnisstrafen. Dieses Urteil war - wie der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Arndt sagte - ein Mord an Recht. Es entehrte die Bundesrepublik Deutschland und zusetzte alle Massenmörder von Katyn bis Tunis ermuntern. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe ordnete ein neues Verfahren an. Im zweiten Prozess, diesmal vor dem Schwurgericht in Hagen, traten neue schauerliche Einzelheiten zutage. Die Hagener Richter taten das Rechte: sie verurteilten den Hauptverantwortlichen, der den Befehl "heimtückisch wie ein Mörder" ausführte, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe und einen 40 Jahre alten Patrikantsohn, der das Gelände auskundschaftet und selbst zwei Schüsse gegen eine Frau abgegeben hatte, zu sechs Jahren Zuchthaus. Hagen schaffte damit die Schande von Arnberg aus der Welt.

+ + +

Keine Atomwaffen !

Chr. Wolff - Stockholm

Massgebliche Kreise der Rechtsopposition sowie der Generalität in Schweden fordern von der sozialdemokratischen Regierungspartei, dass sie umgehend ein Forschungsprogramm zur Herstellung einer eigenen schwedischen Atomwaffen einleiten sollten. Im Jahre 1958 hatten Tage Erlander und seine Parteifreunde ein entsprechendes Ansuchen abgelehnt. Nachdem sich die Frage jedoch in letzter Zeit erneut aktualisiert hatte, setzte die Führung der sozialdemokratischen Regierungspartei einen eigenen Ausschuss zur Erörterung dieser Frage ein. Wie ernst man in Stockholm das Problem der atomaren Bewaffnung nimmt, mag beweisen, dass kein geringerer als Staatsminister Tage Erlander selbst als Ausschussvorsitzender fungierte.

Das Arbeitsergebnis liegt nun vor und wurde in Stockholm veröffentlicht. Demnach will die schwedische Regierungspartei in den kommenden fünf Jahren auf jede Forschung, die dem Zweck dient, eine Atomwaffe zu konstruieren, verzichten. Dabei spielten, laut Ausschussbericht, neben aussenpolitischen und wirtschaftlichen Fragen auch rein ethisch-moralische Gesichtspunkte eine Rolle. Als neutraler Staat könnte Schweden mit dem Griff zur Atombewaffnung eine Entwicklung in Europa einleiten, deren Konsequenzen kaum absehbar sind. Daher wolle man als gutes Beispiel vorangehen und keine Bemühungen unternehmen, dem "Atomwaffenclub" beizutreten.

Alle Möglichkeiten Schwedens sollten auf internationaler Ebene eingesetzt werden, um ein globales Abrüstungsübereinkommen zu erzielen. Der bewusste Verzicht Stockholms soll daher auch die sich anbietenden Möglichkeiten zu einem Übereinkommen befruchten. Sollte es bis 1965 nicht zu klaren Ergebnissen der Abrüstungsverhandlungen gekommen sein, müsste Schweden das ganze Problem neu erörtern. In der Entschliessung wird es ferner abgelehnt, "spaltbares Material zur Herstellung von Atomwaffen von anderen Mächten zu kaufen", da dies mit der traditionellen Neutralitätspolitik Schwedens nicht vereinbar wäre. Ein entsprechender Kaufvertrag würde aber notgedrungen politische Auflagen mit sich bringen. Der sozialdemokratische Ausschuss wird in kurzen sein Arbeitsergebnis dem Reichstag vorlegen. Man rechnet damit, dass die Mehrheit der Abgeordneten die Vorschläge gutheissen wird.

Als zweiter Problembereich beschäftigte sich der Atomwaffenausschuss mit Fragen des Zivilbevölkerungsschutzes. Es heisst u.a., dass die 1958 beschlossenen Richtlinien zur Erforschung des Schutzes gegen einen atomaren Angriff erweitert werden sollen. Obwohl bereits laufend umfangreiche Mittel im Haushalt für die Errichtung von Schutzbauten für die Bevölkerung ausgegeben werden, soll das Forschungsprogramm auf diesem Sektor erweitert werden. (Schweden gilt als vorbildlichstes Luftschutzland der Welt). Alles solle getan werden, um dem Bürger einen bestmöglichen und effektiven Schutz im Falle eines Atom-bombenüberfalls zu geben.

Castros Offensive

Von unserem Mitarbeiter in Lateinamerika, Max Diamant

In den Oktober- und Novemberwochen hat die kubanische Entwicklung explosive Züge und einen überstürzten Lauf angenommen. Nach den wenigen Monaten der relativen politischen Beruhigung, die der ersten grossen Terrorwelle im Zeichen der "revolutionären Justiz" gefolgt waren, brach im Juli der innere Kampf um die weitere Richtung des kubanischen national-revolutionären Prozesses als dramatischer Konflikt an der Staatsspitze aus. Die staatspolitische Krise ist seitdem in Kuba offenbar geworden und latent geblieben, auch wenn sie vorläufig mit dem erzwungenen Rücktritt des Staatspräsidenten Urrutia und dem einschüchternden Massenaufmarsch der Bauern mit Buschmessern auf ein anderes Gebiet verdrängt wurde.

Kuba ist jetzt, nach weniger als einjähriger Herrschaft Fidel Castros, ein einziger Krisenherd - und jede weitere seiner Reden und jede neue Massnahme verschärft die Situation. Fidel Castro ist auch als Regierungschef der beschwingte und unstete Guerillaführer, der im plötzlichen Überfall die erfolgreichste Methode der politischen Kriegsführung sieht. Ihm ist eine Form der Regierungsführung wesensfremd, die auf möglichst allen Gebieten Stabilität und Ausgleich anstrebt, weil im Grunde nur so auch die Möglichkeit fundiert werden kann, konstruktive Arbeit zu leisten und systematisch aufzubauen. Der grösste Teil seiner vielen sozialen Reformen besteht in Wirklichkeit aus sprunghaften Eskapaden, die in erster Linie unmittelbare politische Ziele verfolgen. Viele der nationalrevolutionären Vorstellungen und Bestrebungen im heutigen Kuba erschöpfen sich im Phänomen moderner Publizität und politischer Eindrucksschinderei - und so kam es beispielsweise, dass wochenlang in den Strassen Havannas einige Hundert neugekaufter Traktoren, als Wahrzeichen der erfolgreichen Agrar-Reform, postiert wurden. In der Haltung des siegreichen Guerillaführers, in der Pose auch des überlegenen Schlachtenlenkers, galoppiert Fidel Castro von einem selbstgewählten oder imaginären Schlachtfeld zum anderen. Das Schauspiel überschattet heute das Drama in Kuba und der Beifall

des schaulustigen Publikums übertönt noch die ersten enttäuschten und erbitterten Kommentare.

Es ist bedeutsam, dass im politischen Abschiedsbrief des zurückgetretenen und kurz darauf verhafteten Kommandanten Hubert Matos an Fidel Castro diesen zum ersten Mal die Frage gestellt wird, wohin eigentlich der Ritt gehe. Der Schlag gegen den Unterführer von Camaguey und dessen Anhang ist deutlich ein Stück der politischen Auseinandersetzung in der Führung der Castro-Gruppe selbst. Aber als solche widerspiegelt sie nur die tiefe Unruhe, die jetzt in weiteren Kreisen der aktiven Elemente in Kuba aufkommt, die eine Verantwortung fühlen und darum nicht nur gehorchen, sondern auch nachdenken.

Fidel Castro wendet eine verderbliche und gefährliche Methode an, wenn er diese geistige Unruhe zu einer organisierten Bewegung der "Auflehnung und des Verrates" stempelt und sie mit der Flugblattaktion seines geflüchteten Fliegerkameraden Diaz Lanz und mittelbar mit einem angeblichen Komplott Washingtons in Verbindung bringt. Alle Vorbehalte, alle Kritik, alle Widerstände und Schwierigkeiten werden so in der Vorstellung zu einer vielköpfigen Hydra der "Konterrevolution", die es zu beseitigen gilt. Je stärker die Kritik und je grösser die Schwierigkeiten werden, desto aggressiver tritt Fidel Castro auf. Denn treu seiner Partisanen-tradition sucht er durch den Angriff stark zu sein in der Verteidigung.

Fidel Castros generelle Offensive gegen alle denkbaren Widersacher im Innern und zugleich gegen alle, die in der Aussenwelt seinem Druck nicht nachgeben, ist nur aus der Krisensituation Kubas zu verstehen. Aber mit dieser Offensive verschärft er in Wirklichkeit weiter die Krise seines Regimes. In Lateinamerika hat seine Isolierung begonnen. Mit der Regierung Rómulo Betancourts von Venezuela, die vor kurzem noch als der einzige sichere Verbündete galt, steht er heute vor einem halben Bruch. Bereits wurde der kubanische Botschafter aus Caracas zurückgezogen. Die Beziehungen Washingtons und Havannas sind in den letzten Wochen so frostig geworden, dass sie heute fast auf dem Nullpunkt angelangt sind. Es fing an mit einer impulsiven Polemik Fidel Castros - und auf die Zurückweisung folgte ein kleiner diplomatischer Notenkrieg, der sich verschärft. Es fehlen nur noch einige Schritte, damit daraus in dieser Gegend in aller Form ein kleiner kalter Krieg wird.